

Vorlage Nr. I/250/2019
für den Magistrat

Anzahl Anlagen: 0

Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur, GRW Hier: Regionalmanagement Wasserstoff

A Problem

Erneuerbare Energien und Technologien zur Gewinnung regenerativer Energien sind sowohl unter ökologischen als auch unter ökonomischen Gesichtspunkten zunehmend ein zentrales gesellschaftspolitisches Thema der Gegenwart. Eine wesentliche Herausforderung bei der Nutzung von regenerativer Energie stellt vor allem das zeitliche und örtliche Auseinanderfallen von Energieaufkommen und -bedarf dar. Die Produktion von „grünem“ Wasserstoff als Speichermöglichkeit bietet hierzu eine Lösung und birgt ökonomisches, ökologisches und soziales Potenzial für den Standort Bremerhaven, insbesondere im Kontext der Weiterentwicklung der „Green Economy“-Strategie.

Zur Etablierung einer Wasserstoffwirtschaft sind jedoch noch zahlreiche u. a. technische Fragen zu beantworten und die Entwicklung von neuen Geschäftsmodellen ist notwendig. Studien weisen auf ein besonderes Potenzial für Bremerhaven im Bereich „Forschung und Entwicklung“ hin.

Im Fokus liegen hierbei die Bereiche:

- Forschung und Entwicklung zu Power-to-Gas und deren Integration ins Energiesystem als Speicher für Überschussstrom aus erneuerbaren Energien,
- Forschung und Entwicklung zu Brennstoffzellen als Antriebstechnologie in Schiffen,
- Herstellung und Betrieb von Elektrolyseuren,
- Entwicklung und Erprobung von Endanwendungen für die Logistik,
- Herstellung und Umrüstung von Fahrzeugen und Schiffen.

B Lösung

Vor diesem Hintergrund hat die BIS einen Antrag im Rahmen der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ zur Implementierung eines Regionalmanagements „Wasserstoff“ gestellt.

Das geplante Regionalmanagement zielt dabei ab auf die Initiierung, Koordination und Vermittlung von FuE-Aktivitäten entsprechend der Empfehlungen zu Themen wie

- Entwicklung und Erprobung der Marktreife von Elektrolyseanlagen,
- Speichertechnologien,
- Herstellung und Anwendung von marktreifen Brennstoffzellen,
- Herstellung von Treibstoffen auf Basis von grünem H₂

und ergänzt somit die Aktivitäten des GRW-geförderten „Regionalmanagement Green Economy“, das vorrangig die Entwicklung eines grünen Gewerbegebietes („Lune Delta“) vorsieht. Im Rahmen dieses Vorhabens wurde auch die Anwendung von Power-to-Gas bzw. Wasserstoff als Chance für die Bremerhavener Wirtschaft identifiziert. Diese Idee soll in dem neu beantragten Projekt aufgegriffen werden. Unternehmen sollen unterstützt werden, Wasserstoff als Energieträger zu nutzen und diesbezügliche Geschäftsmodelle zu entwickeln. Hierzu sollen im Hinblick

auf die zukünftige Nutzung von Wasserstoff Technologien und Anwendungsfelder identifiziert, bewertet, beobachtet und an Unternehmen kommuniziert werden. Förderprogramme auf Bundes- und EU-Ebene sollen recherchiert und potenzielle Antragstellende bei der Beantragung dieser Programme begleitet werden. Durch das Vorhaben können vorhandene Strukturen und Kompetenzen weiterentwickelt, sichtbar gemacht, verstärkt und vor allem mehr vernetzt werden.

Für die Entwicklung und Steuerung der weiteren Umsetzung des Vorhabens sind entsprechende personelle Ressourcen erforderlich und müssen finanziert werden. Es wird derzeit mit einer zusätzlich erforderlichen Vollzeitstelle kalkuliert. Der Projektzeitraum ist zunächst vom 01.11.2019 bis 31.10.2022 vorgesehen. Kalkuliert wird mit einem Stundensatz, der derzeit 86,02 € (netto) beträgt. Dieser beinhaltet Personalkosten und -nebenkosten, Overheadkosten (z. B. Verwaltung) und Nebenkosten für Büro, Büromaterial, Telefon, IT etc. Basis für die Stundensatzberechnung ist ein von einem Wirtschaftsprüfer bereits testiertes Kalkulationsschema und die jährlich auf Basis der BIS-Jahresabschlüsse daraus ermittelten tatsächlichen Stundensätze (tatsächlicher Stundensatz kann insofern von Jahr zu Jahr auf Basis der Ist-Zahlen etwas variieren, beruht aber immer auf Ist-Kosten). Bei einer dreijährigen Laufzeit entstünden Personalkosten von 442.830,96 € (netto). Die Stelle wird bei der BIS neu geschaffen, d. h. ein/e neue/r Mitarbeiter/in soll eingestellt werden.

Es ergeben sich folgende Gesamtkosten:

	2020	2021	2022	gesamt
Gesamtkosten: Projektsteuerung / Personalkosten (BIS-MA, neu)	147.610,32	147.610,32	147.610,32	442.830,96

Im Rahmen der GRW-Förderung ist das Regionalmanagement voraussichtlich mit ermittelten Gesamtkosten von 442.830,96 € förderfähig. Der Landes- und Bundesmittelanteil von jeweils 37,5 % der förderfähigen Kosten beläuft sich auf insgesamt 166.061,61 €. Der kommunale GRW-Anteil (25 %) beläuft sich auf 110.707,74 €.

Mittelherkunft:	Bund (37,5 % GRW-Anteil)	166.061,61 €
	Land (37,5 % GRW-Anteil)	166.061,61 €
	<u>Bremerhaven (Eigenanteil 25 %)</u>	<u>110.707,74 €</u>
	gesamt	442.830,96 €

Der Eigenanteil Bremerhavens verteilt sich für 2020, 2021 und 2022 auf jeweils 36.902,58 €.

C Alternativen

Es findet keine Umsetzung des Regionalmanagements mit Fokus „Wasserstoff“ statt. Durch ein fehlendes Regionalmanagement kann die Forschung und Entwicklung nicht zielgerichtet vorangetrieben werden, sodass zusätzliches Wirtschaftspotenzial nicht erschlossen werden kann.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags

Aus dem städtischen Haushalt sind über das Referat für Wirtschaft verteilt über die Jahre 2020 bis 2022 110.707,74 € (36.902,58 € p. a.) bereit zu stellen.

Darüber hinaus sind keine Auswirkungen nach § 8 Abs. GOMag ersichtlich.

E Beteiligung / Abstimmung

BIS.

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG

Gegen eine Veröffentlichung nach dem BremIFG bestehen keine Bedenken.

G Beschlussvorschlag

Der Magistrat stimmt der Finanzierung des Projektes „Regionalmanagement Wasserstoff“ zu.

Der Magistrat stimmt ferner zu, dass die BIS einen GRW-Förderantrag für die erforderlichen Planungsmittel stellt.

Der Magistrat stimmt der Bereitstellung des kommunalen Anteils der GRW-Infrastrukturmittel (25 %) in Höhe von 36.902,58 € p. a (insgesamt: 110.707,74 €) in den Jahren 2020 bis 2022 aus der Haushaltsstelle „Allgemeine Infrastrukturmaßnahmen“ zu.

Der Magistrat empfiehlt dem Finanz- und Wirtschaftsausschuss, einen gleichlautenden Beschluss zu fassen.

Grantz
Oberbürgermeister